

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW zum Tag der Deutschen Einheit und zum Tag der Offenen Moschee am 3. Oktober 2018

Am 3. Oktober feiert Deutschland seine Einheit, die vor nunmehr 28 Jahren erreicht wurde. Es ist der Tag, an dem Gemeinsamkeiten betont und Wege zur Überwindung von Differenzen diskutiert werden. Der 3. Oktober wurde daher bewusst als Datum für die Durchführung des Tags der Offenen Moschee gewählt. Nach Angaben des Koordinationsrats der Muslime soll hierdurch die Zugehörigkeit der Muslime zur Deutschen Bevölkerung und Deutschland zum Ausdruck gebracht werden.

Umso unverständlicher ist daher, dass die Eröffnung der DITIB-Moschee in Köln am 29. September nicht zu diesem Zweck genutzt wurde und stattdessen für Verwirrung und Unfrieden gesorgt hat. Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW: „Ich bedauere sehr, dass die DITIB es am vergangenen Wochenende verpasst hat, ein positives Zeichen der Zugehörigkeit zu senden. Die Abwesenheit von Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Mehrheitsgesellschaft auf der Eröffnungsfeier zeugt von mangelnder Sensibilität der Organisation. Der wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe, als Türöffner und Integrationsbegleiter zu wirken, ist die DITIB offensichtlich nicht gewachsen.“

Keltek macht deutlich, dass es dem größten islamischen Verband gut zu Gesicht gestanden hätte, die Moschee als deutsches, ja als Kölner Gotteshaus zu präsentieren. Der Bau der Moschee wurde durch die Kölner Stadtgesellschaft unterstützt und von einem extra eingerichteten Beirat aktiv begleitet. „Mir ist deshalb unbegreiflich, weshalb beispielsweise der Architekt des Hauses, Paul Böhm, oder Beiratsmitglied und ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Köln Fritz Schramma sowie die amtierende Oberbürgermeisterin Henriette Reker auf der Eröffnungsfeier nicht anwesend waren. Islamische Vereine müssen erkennen, dass sie Verantwortung in Deutschland haben. Die Idee, am Tag der Moschee Zugehörigkeit zu Deutschland zu signalisieren, darf nicht durch die Abwesenheit deutscher Staatsvertreterinnen und -vertreter bei einer Moscheeeröffnung konterkariert werden.“

Gleichzeitig sollte die deutsche Politik dafür Sorge tragen, dass die Menschen sich gar nicht erst zum türkischen Präsidenten Erdoğan oder anderen ausländischen Machthabern hingezogen fühlen. „Viele Migrantinnen und Migranten erleben tagtäglich Rassismus und Diskriminierung. Diesen Menschen muss das Gefühl gegeben werden, dass sie und ihre Religionen zu Deutschland gehören. Als Einwanderungsgesellschaft haben wir bereits Beachtliches geschafft. Doch wir müssen auch erkennen, dass noch ein weiter Weg vor uns liegt. Um zu einer wirklichen Einheit zu werden, braucht es viele helfende Hände – die der religiösen Vereine, aber auch die von Politik und Zivilgesellschaft“, so Keltek abschließend.